

Politik am Jahresende 2018

Ein Wutausbruch



Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FfF,
ich habe es satt.

Seit nunmehr gut zwei Jahren, jedesmal wenn ich im Internet beispielsweise *Spiegel Online*, *Sueddeutsche.de*, *FAZ.net* oder *Zeit Online* lese, erfahre ich von der letzten absurden Äußerung eines Herrn Donald Trump, meist dekoriert mit einer Abbildung seines hassverzerrten Konterfeis. Egal, ob er seine – häufig per Twitter veröffentlichte – Äußerung nach zwei Stunden, aufgrund eines Rests an Vernunft seiner BeraterInnen, wieder zurückziehen muss oder ob unmittelbar klar ist, welchen Unsinn er wieder verbreitet hat – die Presse springt sofort darauf an und berichtet ausführlich darüber: Das muss dieses „Bewerten und Einordnen“ sein, von dem immer alle reden. Gibt es wirklich keine wichtigeren Nachrichten?

Gleichzeitig hat dieser Präsident Trump vor einigen Wochen angekündigt, den INF-Vertrag mit Russland aufzukündigen. Die Älteren unter Euch werden sich erinnern: Der INF-Vertrag, der 1987 von Ronald Reagan und Michail Gorbatschow unterzeichnet wurde, hat 30 Jahre lang den Frieden in Europa entscheidend sichern helfen. Seine Kündigung ist eine Katastrophe! Aber: wir müssen uns sogleich um den nächsten Rülps des Präsidenten auf Twitter kümmern.

In Brasilien ist jetzt Jair Bolsonaro zum Präsidenten gewählt worden. Wir erinnern uns: Vor gerade zwei Jahren wurde Dilma Rousseff „wegen Korruption“ des Amtes enthoben. Und jetzt wird ein Mann zum Präsidenten gewählt, der frauenfeindliche, homophobe und rassistische Positionen vertritt und Politiker der Opposition auffordert, das Land zu verlassen, da sie sonst inhaftiert würden. Die Börsen jubeln. Eine autoritäre Regierung als Wegbereiterin eines neoliberalen Wirtschaftssystems? Erinnert sich wer an Augusto Pinochet?

Geradezu harmlos dagegen die Situation in Deutschland. Wir sorgen uns über die Spitze der AfD um Björn Höcke (und finden es zum Brüllen, ihn „Bernd“ zu nennen), Alexander Gauland, Alice Weidel, Jörg Meuthen. Als Favorit für den Parteivorsitz der CDU galt längere Zeit Friedrich Merz („mit ‚e‘“); er ist Annegret Kramp-Karrenbauer nur knapp unterlegen. Zweifellos ist er nicht mit den vorgenannten zu vergleichen. Doch vor einiger Zeit träumten viele von einer „neuen konservativen Partei“, die damals nach verbreiteter Ansicht von Menschen wie Hans-Olaf Henkel und Friedrich Merz geführt werden sollte. Hans-Olaf Henkel hat letztlich dazu beigetragen, die zunächst vor allem Euro-kritische AfD aus der Taufe zu heben, Friedrich Merz hat sich wohlweislich zurückgehalten. Dass Henkel sich später von der AfD distanziert hat, zeugt von menschlicher Größe – vielleicht aber auch nur von später Einsicht. Doch die Debatte hat deutlich gezeigt, wie nahe am Rechtspopulismus der Neoliberalismus ist. „Wer aber vom Kapitalismus nicht reden will, sollte auch vom Faschismus schweigen“, schrieb Max Horkheimer 1939.

In Deutschland erscheint mit großer – wenn auch rückläufiger – Auflage jeden Tag eine Publikation, die Hetze gegen Minderheiten, gegen Ausländer, gegen politisch linke, letztlich gegen unsere Demokratie, zu ihrem Markenzeichen gemacht hat. Mal mehr – mal weniger; momentan durch ihren aktuellen Chefredakteur in besonders erschreckender Weise. Das war schon vor 50 Jahren, 1968, so – den Begriff *Fake News* kannte man damals freilich noch nicht.

Es fällt mir auch schwer, die anscheinend verbreitete Sehnsucht nach konservativen Führungspersonlichkeiten nachzuvollziehen. Einer aktuellen Studie zufolge können sich 40 % der Deutschen ein autoritäres Regime vorstellen. Christian Lindner unterschied kürzlich zwischen Menschen, die von der Zukunft etwas (positives) erwarten und Menschen, die davor Angst haben. Eine plausible Unterscheidung – man braucht ja seine Folgerungen daraus nicht zu teilen. Nancy Fraser unterscheidet zwischen „progressivem Neoliberalismus“ und Rechtspopulismus und meint damit die Differenzierung zwischen Hillary Clinton und Donald Trump in den USA oder zwischen Emmanuel Macron und Marine Le Pen in Frankreich. (Nebenbei: Macron, der *große europäische Visionär™*, hat inzwischen die desaströsen Beliebtheitswerte seines Vorgängers Hollande erreicht und sieht sich wütenden Protesten des *Mouvement des Gilets jaunes* gegenüber.) Verstörend auch, dass die *großen europäischen Visionen* häufig in eine weitere Militarisierung münden – auch dafür ist Macron ein Beispiel, wenn er als erstes gemeinsame europäische Streitkräfte fordert. Ganz andere Visionen haben viele Briten – ein völlig blödsinniger „Brexit“, bei dem wohl am Ende alle verlieren werden, wird konsequent vorangetrieben. Es sei der Wille des Volkes, so heißt es.

Gleichzeitig verschiebt sich das gesamte politische Spektrum nach rechts. Die Linke kann von den Entwicklungen kaum profitieren; sie befindet sich im Westen meist stabil über fünf, aber auch unter zehn Prozent. Die SPD scheint langsam aus dem Desaster der Agenda 2010 zu lernen. Frage ist, ob die Glaubwürdigkeit noch ausreicht, um die WählerInnen wieder auf ihre Seite zu ziehen – allzu häufig wurden vollmundige sozialpolitischen Versprechungen später wieder zurückgenommen. In den letzten Monaten verlor die SPD – wohl auch deswegen – stetig an Zuspruch. Mittlerweile ist sie bundesweit bei 14 % und folgt damit der niederländischen PvdA, die bei den letzten Wahlen 5,7 % erreicht hat. Es ist zu befürchten, dass eine Dynamik des Niedergangs der SPD eingesetzt hat, die sie nicht mehr aufhalten kann.

Auf der anderen Seite die Grünen. Ihre Erfolge sind erfreulich; eine linke, sozial fortschrittliche Partei sind sie aber schon lange nicht mehr – wenn sie es je waren. Auch sie haben das Thema Hartz IV für sich entdeckt – auf das tatsächliche politische Handeln darf man gespannt sein. Immerhin vertreten sie ein fortschrittliches Gesellschaftsbild. Die zunehmenden „schwarzgrünen“ Koalitionen deuten an, dass es sich mittlerweile um

eine ökologisch-konservative Partei handelt. Die Frage ist letztlich, wer sich stärker anpasst – die Konservativen an die Grünen oder die Grünen an die Konservativen? Irritierend sind gelegentliche Interventionen aus Stuttgart oder Tübingen, die aber sicher nicht den Mainstream der Partei repräsentieren. Wer sich an die 80-er Jahre und Petra Kelly erinnert, mag den Wandel der Partei bedauern.

Doch viele der damaligen Ziele gelten heute im aufgeklärt-konservativen Milieu als normal. Das ist ein Fortschritt – doch manche trauern offenbar alten Zeiten nach und wählen AfD.

Was nun? Wir sehen wohl einem veränderten Parteienspektrum entgegen: Die CDU wird sich meiner Einschätzung nach bei 20 bis 30 % stabilisieren, die Grünen bei 20 %, die ehemals so stolze SPD zwischen 5 und 15 % – mit regionalen Ausnahmen. Was wird das für die künftige Politik bedeuten? Wie stabil wird unser politisches System sein? Welche Auswirkungen werden die Medien – nicht zuletzt die digitalen Medien – haben?

Mehr Fragen als Antworten. Es geht um nichts weniger als die Gestaltung unseres künftigen Lebens. Um die Verteidigung der Werte, die sich in den vergangenen Jahrzehnten entwickelt haben. Wollen wir uns gesellschaftlich weiterentwickeln – hin zu mehr Toleranz, Diversität, Ökologie, sozialer Gerechtigkeit – oder wollen wir zurück ins Zeitalter der 50-er bis 60-er Jahre, in die Zeit vor den „linksgrünversifften 68-ern“ – also in die Zeit, als Nazigrößen verteidigt, begnadigt und in höchste Staatsäm-

ter gehievt wurden, bis hin zum Bundeskanzleramt? Eine Zeit in der queere Menschen eingesperrt wurden und es für manche normal und legal war, Kinder zu verprügeln und Ehefrauen zu vergewaltigen? Letzteres wurde erst 1997 (!) unter Strafe gestellt. Noch heute sind Menschen in politischer Verantwortung, die das damals abgelehnt haben. Das Gelächter und Gejohle, als die Grünen-Politikerin Waltraud Schoppe 1983 auf das Problem hinwies, gehört noch heute zu den peinlichsten Momenten in der Geschichte des Deutschen Bundestags.

Wie wollen wir in Zukunft leben? Wollen wir unsere Gesellschaft ökologisch, sozial und zukunftsgerichtet gestalten – oder wollen wir eine Vergangenheit beschwören, die – eigentlich, zum Glück – schon längst vorbei ist? Das gilt aber nicht nur gesellschafts- sondern auch wirtschaftspolitisch. Es reicht nicht, Diversität zu predigen – wir brauchen auch eine Sozialpolitik, die die wirtschaftliche Weiterentwicklung für alle fördert und sicherstellt.

Um auf Nancy Fraser Bezug zu nehmen: progressiver Neoliberalismus ist nicht die Lösung. Neoliberalismus ist es niemals. Was wir brauchen ist eine Sozialpolitik, die auch benachteiligten Gruppen ein angemessenes Leben garantiert. Alles andere führt zu Rechtspopulismus mit all seinen Konsequenzen – die wir in Deutschland nur allzu gut kennen.

Mit fliffigen Grüßen

Stefan Hügel



Aufruf zur Teilnahme



Science · Peace · Security '19

Scientific discoveries and technical innovations have always exerted a great influence on peace and security. Thus, new civil and military technologies are revolutionizing warfare. Particularly striking areas are the cyber warfare and the rapid development dynamics of unmanned weapons systems. Issues of nuclear disarmament, missile defense or space armament have become more urgent again. Furthermore, the frequent chemical weapons use in Syria and the recent turmoil within the governing body of the Chemical Weapons Convention may lead to the erosion of trust in arms control treaties as such.

The conference *Science · Peace · Security '19: Perspectives of Science and Technology in Peace and Security Research* has set itself the goal of naming and demonstrating today's and tomorrow's peace and security challenges. This includes scien-

tific contributions to the challenges and problems of international security and peacebuilding, as well as contributions towards security, transparency and trust-building, arms control and conflict management.

We invite researchers and practitioners to contribute to this conference. Taking the 30-year tradition of IANUS at Technische Universität Darmstadt into account, the conference aims at connecting scientists and practitioners across the disciplines to discuss the urgent overarching challenges for peace and security.

Deadline for talks, poster or papers: 1st of April 2019

Website with detailed information and CFP:
<https://sps.peasec.de/>